



**Solidarität hilft siegen!**

# ROTE HILFE

**2. Jg. Nr. 7**

**Oktober 1974**

**50 Pfennig**

WESTBERLIN: PROZESS GEGEN U. MEINHOF, H. MAHLER und H. J. BÄCKER -

## Generalprobe für Stammheim

Seit dem 10. September findet vor dem Moabiter Schwurgericht in Westberlin der Prozeß über die Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970 statt. Angeklagt sind Ulrike Meinhoff, Horst Mahler und Hans-Jürgen Bächer.

Die Polizeitruppen in und vor dem Gerichtsgebäude, ihr kriegsmässiger Aufmarsch in der Umgebung, die perfekten Schikanen gegen Prozeßbesucher, die Beiordnung von Pflichtverteidigern, und schließlich der Zeitpunkt, zu dem der Prozeß angesetzt wurde, überzeugen auch den letzten Zweifler: Dieser Prozeß ist Auftakt und Generalprobe für den 1975 bevorstehenden Prozeß gegen den sog. "harten Kern der Baader-Meinhof-Bande". Insbesondere Ulrike Meinhof soll schon jetzt so hoch bestraft werden, daß das Bild vom "Staatsfeind Nr. 1" wieder lebendig wird und die Öffentlichkeit im nächsten Jahr beim Stuttgarter Monsterprozeß nicht auf die Beweisführung und den Prozeßverlauf, sondern nur aufs Ergebnis schaut, auf die beabsichtigte lebenslängliche Verurteilung eines Teils der Angeklagten.

Noch am 10. September grübelte Baaders war bereits im Mai 1971 der westberliner "Tagesspiegel": von demselben Gericht verhandelt worden, der erzwungene Freispruch für Horst Mahler wurde vom Bundesgerichtshof aber wieder aufgehoben. Es steht auch

schon fest, daß in derselben Sache ein dritter Prozeß gegen Astrid Proll stattfinden soll. Ein überflüssiger Prozeß also? Keineswegs.

Der für das Frühjahr angesetzte Prozeß gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Holger Meins soll nach 5 Jahren umfassender Ausrichtung und Aufrüstung des gesamten Staatsapparats durch die SPD-Regierung ein demonstrativer Höhepunkt werden. Der Schauprozeß soll die Generalabrechnung der Bourgeoisie mit der Roten Armee Fraktion (RAF) darstellen und manifestieren, mit welcher Entschlossenheit und Härte die herrschende Klasse gegen ihre Gegner vorgehen wird. Das Urteil soll lauten: "Revolutionäre Politik ist kriminell" und dazu dienen, revolutionäre Gewalt bei Fabrik- und Hausbesetzungen in den Ruch gemeingefährlicher Verbrechen zu stellen!

Über eines ist sich die Bourgeoisie dabei klar: Sie wird diesen Monsterprozeß nicht heil über die Bühne ziehen können, wenn sie die gesetzlich festgelegten Grundsätze der Prozeßführung anwendet. Denn, so heißt es im "Spiegel" vom 12. 6. 74, "trotz zweijähriger intensiver Ermittlungstätigkeit können die Bundesanwälte bei fast keinem der zahlreichen Tatkomplexe den exakten Nachweis führen, welche einzelnen Täter jeweils an welchen Straftaten und auf welche Weise beteiligt waren", was allerdings nach den bestehenden Gesetzen Voraussetzung für eine Verurteilung wäre.

Damit im Stammheimer Prozeß reibungslos die Zerschlagung der RAF demonstriert werden kann, müssen die beabsichtigten Urteile schon jetzt in der Öffentlichkeit abgesichert werden. Diesem Ziel soll der jetzt gegen Meinhof, Mahler und Bächer angesetzte Prozeß hauptsächlich dienen! (Forts. S. 2)

## Horst Mahler in der ROTEN HILFE!

Der Genosse Horst Mahler ist eine Woche vor Beginn des Prozesses gegen ihn, Ulrike Meinhof und Hans-Jürgen Bächer Mitglied der ROTEN HILFE geworden.

Die Gründe für diesen Entschluß legt er in seiner Erklärung dar. Er setzt sich mit dem Konzept der Stadtguerilla und der Politik der RAF auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß die RAF gescheitert ist, weil sie eine von den Volksmassen losgelöste Politik gemacht hat.

Horst Mahler hat unter Beweis gestellt, daß die Isolierungs- und Vernichtungsstrategie der Bourgeoisie gegenüber den politischen Gefangenen zum Scheitern verurteilt ist. Wie vor ihm der Genosse Dieter Kunzelmann, hat er unter schwierigsten Bedingungen allen Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse den Kampf um die revolutionäre Linie der Befreiung der politischen Gefangenen, der Befreiung des Volkes aus Knechtschaft und Unterdrückung entgegengesetzt. Ein großartiger Ansporn für alle fortschrittlich und revolutionär handelnden Menschen.

In der sprunghaften Verschärfung der imperialistischen Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen die Schwäche der Bourgeoisie zu erkennen und mit Entschlossenheit den Gegenangriff des Volkes zu organisieren!

Horst Mahler hat unmißverständlich deutlich gemacht, daß seine Kritik an der Politik der RAF Kampf um die Freilassung der RAF-Genossen ist: "Manchem tut die Kritik an der RAF

### Erklärung Horst Mahlers

"UM DIE REIHEN ZU SCHLIESSEN ORGANISIERT DIE SOLIDARISCHE KRITIK AN DER SEKTÄRIERISCHEN LINIE DER RAF"

Zu beziehen über: ROTTE HILFE-Vertrieb, 40 Dortmund, Auguststr. 13, I - DM 4,- Porto

"in der Seele weh", weil die Genossen in den Gefängnissen der Konterrevolution sitzen und dort unmittel-

(Forts. S. 2)

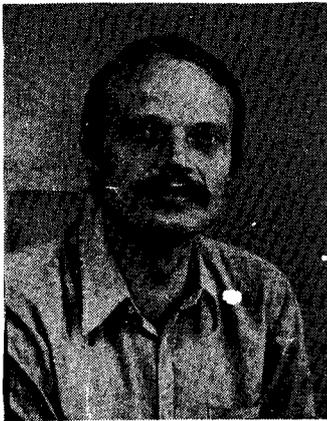
POLITISCHE GEFANGENE IN LEBENSGEFAHR!  
SOLIDARITÄT MIT DEM

## Hungerstreik

Seit dem 13. September befinden sich die politischen Gefangenen der RAF in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie kämpfen damit gegen ihre psychische und physische Vernichtung durch Isolationsfolter, gegen ihre totale Rechtlosigkeit in den Gefängnissen. Dieser Kampf geht auf Leben und Tod. Um die politische Überzeugung und jede körperliche Widerstandskraft der politischen Gefangenen zu brechen, hat die Bourgeoisie noch kein Mittel gescheut. Der Folter durch totale Isolation, lebensgefährdenden medizinischen Eingriffen, der körperlichen Mißhandlung der Einkerkelung bei Dauerhitze, Dauerton und TV-Überwachung wird zur Zerschlagung des Hungerstreiks der Trinkwasserentzug folgen. Trinkwasserentzug bedeutet: Abbruch des Hungerstreiks oder qualvoller Tod in wenigen Tagen. Die streikenden Gefangenen haben erklärt: Wird einem von ihnen das Wasser entzogen, um ihn aus der Kampffront herauszubringen, werden alle auf Trinkwasser verzichten!

Der Bourgeoisie liegt alles daran, den Hungerstreik, seine Ziele und ihre eigenen menschenverachtenden Verbrechen totzuschweigen. Solidarität mit dem Hungerstreik bedeutet daher zuallererst: Schnelle, wirkungsvolle und breite Propaganda, um die Wahrheit ans Licht zu bringen! Die Gefängnismauern durchdringen! Nur dann können die gerechten Forderungen der politischen Gefangenen durchgesetzt werden!





# WÄHLT KPD!

Am 27. Oktober finden in Hessen und Bayern Landtagswahlen statt. Damit die Forderungen der ROTEN HILFE auch von der Tribüne des Parlaments aus propagiert werden, muß unsere Organisation zur Wahl Stellung beziehen. Nach Prüfung der Politik aller zur Wahl stehenden Parteien, ihrer Worte und Taten, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die KPD die einzige Partei ist, von der wir umfassend und konsequent die Vertretung unserer Forderungen im Parlament erwarten können. Während der Wahlauf Ruf des Zentralvorstands dieser Zeitung gesondert beigefügt ist, stellen wir hier den Genossen Gildemeier, der in unseren Reihen arbeitet und für die KPD kandidieren wird, vor.

## Genosse Fritz Gildemeier kandidiert:

Genosse Fritz Gildemeier, Mitglied der Ortsgruppe Augsburg und des Zentralvorstands der ROTEN HILFE kandidiert bei den Landtagswahlen in Bayern für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Er ist 37 Jahre alt, verheiratet und hat 1 Sohn. Seit 1969 arbeitet er als Rechtsanwalt in Augsburg.

Schon bei seiner vorherigen Tätigkeit als Staatsanwalt konnte er feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Angeklagten aus dem Proletariat stammte. Mit dem Berufswechsel wurde Fritz Gildemeier zu einem entschiedenen Verfechter der demokratischen Rechte des Volkes vor Gericht. Insbesondere als Strafverteidiger erlangte er in kurzer Zeit einen guten Ruf unter den Werktätigen Augsburgs. Als Jungsozialist lernte er die Korruption der SPD-Funktionäre und ihr Bestreben, jede Regung nach Demokratie in den eigenen Reihen mit allen Mitteln zu unterdrücken. Er geriet rasch in Konflikt zur örtlichen SPD- und Jusospitze. 1969 trat er aus der SPD aus.

Fritz Gildemeier arbeitete daraufhin einige Zeit führend im Republikanischen Club, später in einem Marxismus-Arbeitszirkel. Auf Initiative des Landesvorstands

Bayern der Liga gegen den Imperialismus gründete Fritz zusammen mit 5 weiteren Genossen den Vietnam-Ausschuß in Augsburg. 1973 war er an der Gründung der Ortsgruppe der Liga führend beteiligt.

Im Dezember 1972 war Fritz Gildemeier desweiteren an einer Initiative zur Gründung eines Solidaritätskomitees für die Redakteure der "Augsburger Jungen Presse" - angeklagt wegen § 90 a - beteiligt. Sein unermüdlicher Einsatz hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich aus diesem Komitee die Ortsgruppe der ROTEN HILFE entwickelte.

Die Mehrzahl unserer Mitglieder war anfangs der Meinung, daß eine Empfehlung zur Wahl der KPD nicht möglich sei. Dies wurde unter anderem damit begründet, daß die ROTE HILFE nicht entscheiden könne, ob die Politik der KPD insgesamt richtig sei - z. B. in der

Gewerkschaftsfrage -, dies aber Voraussetzung für eine Wahlempfehlung wäre.

Auf der Mitgliederversammlung vom 6.9. wurde dieser Beurteilung mit großer Mehrheit korrigiert und beschlossen, die Wahl der KPD zu empfehlen. Unsere Gründe dafür sind vor allem: Die KPD führt den Wahlkampf nicht als Gerangel um Parlamentssitze und Pöstchen, sondern zur Mobilisierung der Massen - gerade auch für die Forderungen, die unter denen die ROTE HILFE kämpft. Das wird zur Stärkung der proletarischen

Klassen-solidarität beitragen. Der ROTEN HILFE können die Fragen "Wer organisiert die Solidarität?", "Wer zerschlägt und unterdrückt sie?" nicht gleichgültig sein. Weil die KPD bisher immer Schulter an Schulter mit der ROTEN HILFE gegen den vielfältigen Terror der Bourgeoisie und ihres Staatsapparats gekämpft hat liegt eine Unterstützung der KPD im Interesse der ROTEN HILFE. Die Ortsgruppe wird daher den Genossen Fritz Gildemeier und die KPD im Wahlkampf unterstützen!  
Ortsgruppe Augsburg



Bild: Fritz Gildemeier diskutiert mit den Augsburgern über das Vorgehen der Klassenjustiz gegen die Redakteure der "Augsburger Jungen Presse" wegen "Verunglimpfung des Staates". Hier am Stand der ROTEN HILFE, die einen Freispruch erkämpfte! März 1974

## KÖLN: KLASSENJUSTIZ SCHÜTZT FASCHISTISCHE PROPAGANDA

### Antifaschisten vor Gericht

Am 7. Oktober beginnt vor dem Kölner Landgericht ein Prozeß gegen sieben Antifaschisten, die vor einem Jahr dem provokatorischen Versuch der neonazistischen NPD entgegenzutreten, sich im Arbeiterviertel Nippes breit zu machen. Die Polizei verhaftete die Antifaschisten, damit die NPD ihren Propagandastand ungehindert aufbauen konnte. Jetzt werden sie auch noch wegen Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Gefangenenbefreiung angeklagt! Die Kumpanei zwischen Neonazis, Polizei und Justiz ist perfekt:

- Willkürlich wird vor dem Landgericht statt vor dem Amtsgericht verhandelt und den Angeklagten dadurch die Berufungsmöglichkeit geraubt!

- Vorsitzender des Gerichts ist der berüchtigte Richter de Sommerskoy, der sich nicht scheute, Beate Klarsfeld zu 2 Monaten Haft zu verurteilen, weil sie versucht hatte, den ehemaligen Gestapo-Chef von Paris, Lischka, seiner gerechten Strafe zuzuführen. Lischka, in Frank-

reich wegen der Verschleppung von 100 000 Juden zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, erfreut sich in der BRD der Freiheit.

- Nach dem Vorbild der Nazis und der sowjetischen Sozialimperialisten versucht das Kölner Gericht die Angeklagten als Geistesranke abzustempeln. Alle erhielten die Aufforderung, sich vor Prozeßbeginn zur ambulanten psychiatrischen Untersuchung zu melden!

- Die Verteidigungsmöglichkeiten der Angeklagten will das Gericht dadurch beschneiden, daß es ihnen

Anwälte als Zwangsverteidiger vor die Nase setzt, die das Vertrauen von Gericht und Staatsanwaltschaft nicht aber das der Angeklagten genießen!

### BONN: ZWANGS"VERTEIDIGER" WEIGERN SICH

Der Richter Schmitz-Justen, der das schändliche Gesinnungsurteil gegen Genossen Uli Kranzusch gefällt hat, hat eine Niederlage erlitten! Neben den gewählten Verteidigern hatte er gegen den Willen der Angeklagten weitere Rechtsanwälte zu "Verteidigern" bestellt - Männer seines Vertrauens, wie er glaubte. Doch diesen bürgerlichen Anwälten war der Auftrag zu schmutzig!

Den angeklagten Genossen (u. a. Karl Weiland, Mitglied der ZL des KSV) ist es gelungen, alle Zwangs"verteidiger" zu überzeugen, daß das Gericht sie als Handlanger gegen die Angeklagten mißbrauchen wollte.

### ULI KRANZUSCH MUSS INS GEFÄNGNIS

Ohne Begründung hat der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs die Revision des Genossen Kranzusch gegen das Gesinnungsurteil des Richters Schmitz-Justen als "unbegründet" verworfen. Uli soll noch einmal über 5 Monate ins Gefängnis! Der Bundesgerichtshof entschied durch "einstimmigen Beschluß". Wie die Ablehnung der Revision Horst Mahler Ende letzten Jahres besonders deutlich zeigte, ist dies die Methode, mit der die größten Willkürurteile "ohne Begründung" für rechtsgültig erklärt werden können.

Wir haben im letzten Jahr mitgeholfen, ein Terrorurteil gegen Uli zu verhindern. Jetzt werden wir die Haft-hilfe für Uli organisieren!

## ANKLAGE GEGEN KLAUS ÖLLERER:

# „Wehrkraftzersetzung“

Die bürgerliche Klassenjustiz kramt berüchtigte Gesetze zum Schutz des Militarismus hervor, um die politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr zu unterdrücken. Der ehemalige Gefreite Oellerer soll vor das neburger Sondergericht für politische Strafsachen gezerrt werden, weil er in Hannover als Mitglied des Ausschusses "Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus" antimilitaristische Propaganda betrieb. Zuerst wurde er wochenlang von MAD-Spitzeln terrorisiert. Jetzt versucht die bürgerliche Klassenjustiz, ihn einzukerkern - aufgrund von Gesetzen (z. B. §§ 89 und 109 d des Strafgesetzbuches), die zu den "Staatschutzgesetzen" gehören wie der ebenso berüchtigte § 90 a, der hauptsächlich der Knebelung der fortschrittlichen Presse dient. Bis zu 5 Jahren Haft drohen Klaus

Oellerer!  
Es ist klar: hier geht es um einen Angriff auf die antimilitaristische Arbeit überhaupt und darüberhinaus um die Vorbereitung des Verbots einer kommunistischen Organisation. Denn Oellerer wird vorgeworfen, "in Übereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Jugendverbandes (KJV), der Jugendorganisation der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), als dessen Mitglied oder 'Sympathisant'" gehandelt zu haben und daß er dabei "das Ziel verfolgte, die Bundeswehr als Organ zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland zu zersetzen und die freiheitliche demokratische Grundordnung durch die bewaffnete Revolution der 'Arbeiterklasse' zur Errichtung der Diktatur des 'Proletariats' zu beiseitigen." (Anklageschrift)  
Das sind deutliche Worte: die herr-

schende Klasse weiß genauso gut wie wir, daß die bewaffnete Macht - Armee und Polizei - der wichtigste Bestandteil der Staatsgewalt ist. Nur solange es den Monopolkapitalisten möglich ist, in Uniformen gesteckte und verhetzte Arbeitersöhne gegen die Arbeiterklasse einzusetzen, können sie ihre Ausbeuterordnung aufrechterhalten. Voller Angst, daß die Soldaten eines Tages die Gewehre umdrehen werden, versucht die Bourgeoisie, in der Bundeswehr jede oppositionelle Regung massiv zu unterdrücken. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gibt es in den Kasernen nicht einmal ansatzweise. Unterstützen wir den Kampf der fortschrittlichen Soldaten gegen den Militarismus, für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr!  
Vorwärts zur Solidaritätsdemonstration in Hannover!

FREISPRUCH FÜR KLAUS OELLERER!  
WEG MIT §§ 89 UND 109 d!  
NIEDER MIT DEM MILITARISMUS!

## POLIZEIWILLKÜR

### JAPANER ABGESCHOBEN

Am 3. Oktober gegen 6.30 überfielen 50-60 schwerbewaffnete Polizisten das westberliner Studentenwohnheim Dauerwaldweg. Ihr Ziel: Entführung und Abschiebung eines japanischen Studenten. Die sog. Begründung: In Paris sei bei japanischen "Terroristen" die Anschrift des Wohnheims gefunden worden. Der einzige Japaner im Heim müsse also gemeint sein. Die empörten Mitbewohner versuchten ihren Kommilitonen zu schützen. Zum Teil wurden sie von den Bullen mit Maschinenpistolen bedroht, andere wurden verprügelt. Der japanische Student wurde an Haaren, Händen und Füßen die Treppe heruntergeschleift, weggefahren und schon kurz nach 7.00 von Berlin nach Tokio ausgeflogen, ohne daß er einen Rechtsanwalt benachrichtigen konnte. Seine Frau und sein Kind blieben in Berlin.

VERANSTALTUNGSREIHE ZUM ÖLLERER-PROZESS. 12.-20.10. in Stuttgart, München, Ingolstadt, Frankfurt, Koblenz, Bochum, Bonn

### Prozeß gegen Seckendorff und Ewe

Am 4. Oktober beginnt vor dem Landgericht in Hamburg der Prozeß gegen von Seckendorff und Ewe. Diese beiden fortschrittlichen Ärzte waren im Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses beschäftigt. Dieses "Sicherheitsrisiko" schaffte sich die Justiz im Jahre 1972 dadurch vom Leibe, daß sie in der Werkstatt des Tübingers Fälschers Konieczny - dasselbe von der Polizei gekaufte Subjekt, das Jörg Lang belastete ihre Dienstaussweise "fand". Die beiden Ärzte wurden verhaftet, mußten aber aufgrund des massiven öffentlichen Protestes ebenso freigelassen werden wie damals Jörg Lang.

Der jetzt gegen sie beginnende Prozeß wird als Schauprozeß groß aufgezogen und gehört zur Strategie der Bourgeoisie bei der Vorbereitung des Stammheimer Prozesses. Auch in Hamburg soll der Bevölkerung das Gericht als Polizeifestung präsentiert werden. Sonderausweise für Gerichtsangestellte werden schon ausgestellt. Angebliche Bombendrohungen sollen vor 'Kriminellen' warnen und die Polizeimanöver in und vor dem Gericht rechtfertigen. Die Bourgeoisie tut alles, damit das zur Verurteilung erforderliche Hetzklima entsteht!

Aber schon jetzt sind Angestellte des Gerichts empört über die eingeleiteten Maßnahmen. Unsere Ortsgruppe ist zum Kampf gegen Schauprozeß und Bürgerkriegsmanöver angetreten!

Bei Demonstrationen antiimperialistischer Menschen gegen Auftritte von Faschisten weiß die Klassenjustiz, auf welche Seite sie gehört. Am 18. Oktober, ganze 3 Jahre nach dem Besuch des japanischen Kaisers Hirohito in Bonn stehen 7 der 500 Demonstranten vor Gericht, die 1971 dagegen auftraten, daß der Völkermörder und Kriegsverbrecher Hirohito hierzulande wieder hoffähig gemacht werden sollte. Aufgerufen von der Liga gegen den Imperialismus und dem Komitee "Kampf dem japanischen Militarismus", drückten die Demonstranten ihre ungeheure Empörung aus: Sie riefen "Hirohito ist - ein Faschist"; walt zustand, der "heilig und un-Hitler: 6 Millionen Juden - Hirohito: verlezlich" war, ist für die Über-50 Millionen Asiaten"; "Nieder mit fälle der japanischen Imperialisten



auf die Mandschurei, China, Burma, Malaya, die Phillipinen, Indonesien und Indochina verantwortlich. Unter seinem Oberbefehl wurden 50 Millionen Menschen umgebracht!

Aber kein imperialistisches Verbrechen ist groß genug, um von der SPD-Polizei nicht gedeckt zu werden! Zur großen Empörung der Bonner Bevölkerung setzte die Polizei Wasserwerfer und Prügelgarden ein - junge Offizierschüler wurden von alten Schlägern angeleitet. Das Ziel war, den antiimperialistischen Widerstand im Keim zu ersticken. Je mehr Strafverfahren, desto stärker die Kriminalisierung und Einschüchterung der Antiimperialisten - das ist die Rechnung der Klassenjustiz. Den Spieß anzudrehen, die Demonstration gegen Faschismus und SPD-Polizei vor Gericht weiterzuführen - daran arbeiten seit Wochen solidarische Genossen und Menschen vor allem in Bonn und Frankfurt. Der Japan-Prozeß wird ein Bumerang!

## Hände weg von RA Lang!

Vom 16. September an sollte in Stuttgart vor dem Sondergericht für politische Strafsachen dem Rechtsanwalt Jörg Lang der Prozeß gemacht werden. Die Anklage lautet auf "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung," gemeint ist die RAF.

Das Ziel der bürgerlichen Klassenjustiz in diesem Verfahren ist es, einen konsequent antiimperialistischen Verteidiger auszuschalten. Als Belastungszeuge soll ein gewisser Konieczny dienen, der vor 2 Jahren gegenüber dem "Spiegel" selbst zugegeben hat, daß er von der Polizei gekauft und präpariert worden ist. Vorsitzender des Sondergerichts ist Dr. Robert Neumai

er, der sich 1972 weigerte, den vom Bundesgerichtshof außer Vollzug gesetzten Haftbefehl aufzuheben und Rechtsanwalt Kang dadurch zwang, sich 2 Jahre lang bei der Polizei zu melden. Derselbe Neumaier tat sich dadurch hervor, daß er ein öffentliches Gerichtsverfahren gegen den Mörder des Schotten McLeod, den Polizisten Koglin, verhinderte.



Einem solchen Gericht wollte Jörg Lang sich nicht stellen. Jetzt jagt ihn die Polizei!

Wir solidarisieren uns mit dem Genossen Lang, fordern Aufhebung des Haftbefehls und die sofortige Einstellung des Verfahrens!

# 1921 „Beruhigungszelle“ — Folterkammer 1974

Max Hoelz (1889-1933) leitete 1920 in Falkenstein (Vogtland) den Kampf der Arbeiter gegen die Kapp-Putschisten. 1921, während des mittel-deutschen Aufstandes, stand er im Mansfelder Gebiet an der Spitze einer mehrere hundert Mann starken bewaffneten Abteilung. Am 15. April 1921 wurde er verhaftet und im Juni in Berlin-Moabit mittels einer gefälschten Mordklage zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der Kampf der KPD und der Roten Hilfe für die Freilassung der politischen Gefangenen an dem er sich im Zuchthaus aktiv beteiligte, brachte ihm am 18. Juli 1928 die Freiheit.

Max Hoelz hat seine Zuchthauserlebnisse festgehalten (Max Hoelz, "Vom 'Weißen Kreuz' zur Roten Fahne". Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse. Berlin 1929). Er schreibt:

## Die furchtbarste Nacht meines Lebens

Um mich von den Schmerzen abzulenken, verfiel ich auf einen Ausweg: Ich rezitierte Verse von Herwegh, Freiligrath, Erich Mühsam und anderen. Dadurch verschaffte ich mir wesentliche Erleichterung. Die Aufseher waren darüber anderer Meinung. Vier von ihnen traten in meine Zelle und forderten mich auf, herauszukommen. Ich ahnte nichts Gutes und weigerte mich. Sie schlossen die Tür ab und entfernten sich. Nach einer Weile kamen sie wieder und schleppten mich mit Gewalt auf den Gang. Ich war nur mit dem dünnen, kurzen Leinenhemd bekleidet und barfüßig. Zwei drehten mir die Arme in den Gelenken um. Die anderen schlugen fortwährend auf mich mit der eine bearbeitete mit seinem schweren Schlüsselbund meinen Kopf, der andere schlug mit seinem Seitengewehr auf meinen Rücken und das Gesicht. Abwechselnd traten sie mit ihren schweren Stiefeln in die Kniekehlen, bis ich zusammenbrach und schleppten mich hinunter nach dem Keller, geschloß. Ich rief, sie sollten mich doch nicht so unmenschlich schlagen: Darauf griff einer nach meiner Gurgel und drückte sie mit beiden Händen fest zusammen, so daß ich keinen Laut mehr von mir geben konnte, und sagte: „Sei Du Hund, jetzt bist Du schon stumm.“ Mein Hemd hing als loser Fetzen am Leib; ich blutete stark. Meine Peiniger schlugen immer toller auf mich ein, und stießen mich aus dem Hauptgebäude in den Lazarethhof. Aus den nach dem Hof gelegenen Zellenfenstern des Hauptflügels hörte ich Gefangene aufgeregt schimpfen, weil ich geschlagen wurde. Die Aufseher ließen sich aber dadurch nicht beirren. Nachdem sie mich über den langen Hof geschleppt hatten, schlossen sie die in das Lazarethgebäude führende Tür auf, einer der Beamten gab mir einen furchtbaren Tritt von hinten, so daß ich kopfüber sechs Sandsteinstufen hinunterflog. Unten stand der Nachtaufseher vom Lazareth, der meinen Rücken und Kopf sofort mit zwei schweren Holzspantinen bearbeitete. Ich war über die Mißhandlung so entsetzt, daß ich nicht einmal daran dachte, mich überhaupt zur Wehr zu setzen. Es hätte auch nichts genützt. Die Aufseher schlossen eine im Keller liegende Zelle auf, die schalldicht gepolsterte Doppeltüren hatte. Sie rissen mir den Hemdfetzen vom Leibe und schmissen mich wie ein Lumpenbündel in dieses Loch. Nun lag ich splinternackt und blutend in einem kalten Keller, der, wie ich später erfuhr, im Munde der Gefangenen die Bezeichnung „Folterkammer“ führt, amtlich aber zwei Bezeichnungen hat, die einander widersprechen: „Tobzelle“ und „Beruhigungszelle“. Es war darin vollkommen leer und noch enger als in den anderen Gefangenzellen. Es war gar nichts vorhanden, nicht einmal eine Decke, in die ich mich hätte wickeln können. Vom Fußboden, auf dem ich lag, ging mir die Kälte in die Knochen, die Zähne schlugen im Fieberfrost aufeinander. Trotz meinen zerschlagenen Gliedern versuchte ich herumzulaufen, um mich zu erwärmen. Durch das Laufen in dieser winzigen Rundzelle — immer im Kreise — wurde ich müde und ganz benommen. Ich versuchte, mich auf dem Fußboden zu setzen, um etwas auszuruhen, aber da spürte ich wieder die beißende, fast messerscharfe Kälte. Ich raffte mich auf und wankte in der Zelle hin und her. Diese Nacht in der Folterkammer des Zuchthauses Münster war für mich seelisch und körperlich die grauhafteste Qual meines Lebens. In dieser Nacht zerbrach etwas in mir. Wenn ich in den zweieinhalb Jahren vorher jemals noch zweifelt hätte an der Notwendigkeit der Zertümmung dieser Gesellschaftsordnung und ihrer Justiz, so wären hier alle Zweifel gelöscht worden.

53 Jahre, nachdem Max Hoelz im Zuchthaus Münster die furchtbarste Nacht seines Lebens überstand, berichtet der Gefangene Manfred Glas, was er im April dieses Jahres in der "Justizvollzugsanstalt" Kaisheim (Bayern) erlebte (Auszug):

(Nachdem die anderen Wärter auf sein Geheiß zurückgeblieben waren)... brüllte der Beamte Hügel mich an: "Was schlägst du nach mir?" ( was logischerweise eine Unmöglichkeit gewesen wäre, da ich durch den brutalen Griff zu keinerlei Gegenwehr, geschweige denn eines Angriffs fähig gewesen wäre...) Er schlug mir im selben Moment die Füße vom Boden und, als ich dadurch mit dem Rücken auf die Treppe knallte, setzte er mir ein Knie auf die Brust, packte mich mit einer Hand bei den Haaren und schlug mich mit der anderen ins Gesicht, wobei er bei jedem Schlag schrie: "Warum hast du das gemacht, du Lumpenkerl, du Sauhund, du mistiger." ... Statt der angedrohten Halseisen begnügt man sich nun damit, mich - bis auf ein paar dünne Hausschuhe - splinternackt auszuziehen, mir die Hände auf dem Rücken zu fesseln und mich in die eisigkalte Sicherheitszelle zu bringen. (Diese wird hier von den Gefangenen, die einmal das zweifelhaft Vergnügen hatten, dort untergebracht zu sein, mit vollem Recht "Tigerkäfig" genannt). Würde man ein Tier dort drinnen unterbringen, es würde sich vor Panik, Angst und Verzweiflung den Schädel an der Wand einrennen.

Nackt und gefesselt ließ man mich in der Kälte in diesem Käfig 2-3 Stunden sitzen. Dann erschien ein menschlich veranlagter Sanitäter, der sagte: "Sowas kann ich nicht verantworten. Der ist bis morgen früh ja hin!" Daraufhin händigte man mir Kleidung und Decken aus, ließ mich bis zum nächsten Tag weiterhin gefesselt.

3. 9. 1974

Manfred Glas



Bild des Gefangenen Norbert Kosuch aus der Ausstellung "Kunst im Knast"

Nicht die schweren, körperlichen Mißhandlungen waren die furchtbarsten, sondern das nackte, hilflose Herumtappen in dem eiskalten Kellerraum. Diese Folter wird gerade deshalb angewendet, weil kein Mensch, der es nicht am eigenen Leib erlebt hat, sich vorzustellen vermag, welche Wirkungen auf Körper und Geist eine solche Tortur ausübt.

Mannheimer Gefängnissskandal:

## „REFORM“ ODER REVOLUTION

Seit der Frankfurter Gefangenenrat im August die schweren Verbrechen einer Reihe von "Vollzugsbeamten" des Mannheimer Landesgefängnisses aufdeckte, wird die Bourgeoisie nicht müde, die "Reform" des Strafvollzuges zu beschwören. Dieselbe bürgerliche Presse, die - freiwillig gleichgeschaltet - Polizeimorde systematisch verschweigt, lamentiert ebenso einheitlich über den "Gefängnissskandal". "Terror und Schikane waren im Mannheimer Landesgefängnis alltäglich", schreibt der "Spiegel" (Nr. 35), ohne daß der verantwortliche Redakteur Strafe wegen "Verunglimpfung des Staates" zu befürchten hätte. Denn ihm geht es darum, das kapitalistische Gefängniswesen reinzuwaschen, ebenso wie dem baden-württembergischen Justizminister Bender (CDU), der "mit Feuer und Schwert durchfahren" will, "wo der Eindruck entsteht, daß Cliquen oder Rollkommandos am Werk sind, daß sozusagen systematisch gequält wird" (Spiegel). Mannheim als bedauerlicher Einzelfall. Mannheim steht nicht allein!

In Mannheim war die Folter an Gefangenen Alltag. Wärter drückten ihre Zigaretten im Gesicht der Gefangenen aus, schleppten sie aus ihren Zellen zum Zusammen schlagen in den Keller. Der Anstaltsarzt Dr. Reith trieb sein Unwesen unter den 900 Gefangenen. Schädelbruch und Gehirntrauma eines Gefangenen waren für ihn eine "Bagatelle"! Ein 17-jähriger Junge, der sich in der Zelle erhängte, wurde von Reith zwei Tage zuvor als "geeignet für die Einzelhaft" befunden. Der Gefangene Hans-Peter Vast wurde am 27. Dezember 1973 von Wärtern totgeschlagen.

Die Staatsanwaltschaft deckte jahrelang die Verbrechen ihrer Kollegen vom Strafvollzug. Kein Verfahren gegen Wärter führte zum Erfolg. Allein gegen den Gefängnisarzt wurden 92 Ermittlungsverfahren eingestellt. Und wehe dem Gefangenen, der den Mut aufbrachte, die unmenschlichen Zustände anzuprangern.

"Der Mannheimer Gefängnissskandal ist die Ausnahme - nicht die Regel," schreiben die Ruhr-Nachrichten am 29. 8. Noch Ende September posant NRW-Justizminister Posser (SPD), Gefängnissskandale wie in Mannheim seien an Rhein und Ruhr nicht vorstellbar. Wer die Verbrechen dieses Heuchlers bei der Folter im Gefängnis Köln-Ossendorf an den politischen Gefangenen noch nicht kennt, erfährt am 3. 10. in der FAZ, daß in der Düsseldorf Strafanstalt "Ulmer Hof"

# 50 JAHRE RHD

## "ZUCHTHÄUSLER" GRÜNDEN DIE IRH

Als die Bourgeoisie kurz nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg die revolutionäre Welle, die über alle kapitalistischen Länder hinwegging, in einem Meer von Arbeiterblut zu ersticken versuchte, flammte der Gedanke der Klassensolidarität, der in den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse immer lebendig war, mächtig auf. Nicht zufällig ging die Initiative zur Gründung einer "Internationalen Organisation zur Hilfe für die Opfer in den revolutionären Kämpfen gerade von denen aus, die als Vorkämpfer der revolutionären Bewegung im zaristischen Rußland in den Zuchthäusern geschmäht hatten.

Am 3. August 1922 machte in der "Gesellschaft ehemaliger politischer Zuchthäusler und Verbannten" der Genosse Marchlewski den Vorschlag, eine besondere Organisation zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, den politischen Gefangenen und ihren Familien in allen kapitalistischen Ländern Hilfe zu bringen.

Am 30. November 1922 wurde nach der Durchführung einer grossen Kampagne in allen Ländern der endgültige Beschluß zur Gründung der MOPR, der Internationalen Roten Hilfe, gefaßt.

In stürmischem Tempo entwickelte sie sich zu einer der größten Massenorganisationen des kämpfenden Weltproletariats.

## IN DEUTSCHLAND: VOM ERSTEN HILFSKOMITEE...

In Deutschland nahm 1919 die "Frauenhilfe für die politischen Gefangenen" als loser Hilfsorganisation ihre Arbeit auf. Sie entstand im Kampf gegen den Terror nach der blutigen Niederschlagung der bayrischen Räte-Republik, als tausende revolutionärer Arbeiter teils von der Noske-Soldateska erschlagen, teils von den Standgerichten der sozialdemokratischen Hoffmann-Regierung zum Tode verurteilt oder in die Zuchthäuser geworfen wurden. Weitere lose zusammengefaßte Hilfskomitees wurden in der Zeit nach dem Kapp-Putsch, nach den blutigen Märzkämpfen des Jahres 1921 und nach den Oktoberkämpfen des Jahres 1923 gebildet.

Bereits damals wurden für die Opfer des Terrors beträchtliche Mittel aufgebracht:

1921 (April bis Dezember)  
7 061 414, 32 Papiermark  
1922 8 446 800, 45 Papiermark  
1923 39 433, 19 Dollar  
1924 (Januar bis August)  
846 304, 40 Rentenmark.

Der 1. Oktober 1924 ist der Gründungstag der Roten Hilfe Deutschlands. Als Sektion der Internationalen Roten Hilfe (IRH) schloß sie in den folgenden Jahren Millionen Arbeiter und arme Bauern im Kampf gegen die Unterdrückung des Volkes zusammen.

Die RHD organisierte für die grausam verfolgten Revolutionäre Schutz. Tausende von politischen Gefangenen verdankten ihrem Kampf die Freiheit, die Kinder der gefangenen und ermordeten Genossen Brot und ein Bett, die Asylsuchenden aus anderen Ländern eine Arbeitsstelle. Die kämpfenden Arbeiter wußten: Wenn ich falle oder für Jahre eingekerkert werde, wenn ich mein Land verlassen muß - meine Klassenbrüder werden meiner Familie helfen, sie werden mit mir vor den Schranken des Gerichts kämpfen, sich für meine Freiheit einsetzen, die Rückkehr in meine Heimat ermöglichen.

Der Klassenjustiz und dem weißen Terror - diesen kalten und blutigen Stützen, auf die die Bourgeoisie ihre Herrschaft stützte - setzte die RHD die Organisierung kämpferischer Klassensolidarität entgegen. Sie stärkte den Befreiungskampf des Proletariats und trug zur Festigung der revolutionären Arbeiter- und Volkseinheit bei.

Die Politik der RHD ist ein unerschöpfliches Lehrbuch für jeden Roten Helfer. So wie wir damit begonnen haben, aus den großen Kampagnen der IRH und RHD zu lernen, wie wir im ideologischen Kampf um die Frage unserer Beteiligung an den Landtagswahlen die Politik der RHD fortgesetzt haben, werden wir fortfahren: die Politik der RHD fortsetzen, mehr und besser davon lernen, die alten Kämpfer der RHD wieder einreihen! Mit uns können sie den Unterdrückten wieder zurufen: Die Rote Hilfe lebt!

## ... ZUR GRÜNDUNG DER RHD

Bald aber erkannten die deutschen Arbeiter, daß diese losen Hilfsvereinigungen auf die Dauer nicht imstande sein konnten, den gewaltig gewachsenen Anforderungen nachzukommen. Sie erkannten weiter die durch den Terror bedingte Notwendigkeit, durch eine feste Organisation die Massen der Werktätigen zum Kampf gegen Polizei- und Justizterror zu mobilisieren. Das war aber nur möglich durch die Schaffung einer Massenorganisation der Solidarität. Im September 1924 wurde auf einer Konferenz beschlossen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 die Rote Hilfe

Deutschland als nationale Mitgliederorganisation zu gründen.

## KAMPF UND HILFE

Die Rote Hilfe hat bis etwa 1929 in ihrer Arbeit in erster Linie die Hilfe betont; ihre Aufgabe zuvorderst darin gesehen, die materielle Unterstützung für die Gefangenen zu schaffen. In dem Maße jedoch, wie eine ungeheure Verschärfung des Terrors einsetzte, wie Notverordnungen, Schnelljustiz und Sondergerichte eingeführt wurden, wie die Gesetzgebung und das gesamte Gefängnisregime verschärft wurden, wie sich die Brutalitäten der Polizei steigerten, wie die faschistischen Organisationen SS, SA und Stahl-

helm aufgebaut wurden, mußte sich die Rote Hilfe viel stärker auf ihre Kampfaufgaben gegen Klassenjustiz, weißen Terror und Faschismus einstellen.

Mit der Ablösung einer Gruppe von Rote Hilfe-Funktionären, die wohlthätige Hilfe leisten, nicht aber zur Stärkung der Kampfkraft der werktätigen Massen beitragen wollten, machte die Rote Hilfe einen großen Sprung vorwärts in der Organisierung breiter Schichten gegen den Unterdrückungsapparat.

Von 1929 bis 1932 reiheten sich immer mehr Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle in die rote Solidaritätsfront ein. Im Jahre 1929 gab es 1542 Ortsgruppen mit 157 000 Einzelmitgliedern, 1932 waren es 3770 Ortsgruppen mit 360 000 Mitgliedern.

In seinem Bericht an den 1. Weltkongreß der Roten Hilfe berichtet der deutsche Delegierte, wie sie die Kampfaufgaben durchgeführt haben: "Es wurden, öffentliche Gerichtsverhandlungen durchgeführt, Kampfkongresse organisiert, Aufrufe an die Arbeiter herausgegeben. Während des Stattfindens der Prozesse wurden in den Orten, in denen die Verhandlungen geführt wurden, in den Betrieben Prozeßzeitungen herausgegeben, Berichte erstattet usw. Durchgeführt wurden: Die Herausgabe von Broschüren, Organisierung von besonderen Aufgeboten bei großen Prozessen, bei harter Verurteilung; Herausgabe von Sammellisten, Marken, Brandmarkung der Methoden und der führenden Rolle der SPD als Minister, Polizeipräsidenten usw.; Organisierung von Konferenzen mit SPD-Arbeitern.

Wir zogen die Frauen der politischen Gefangenen zu unserer Arbeit heran, ließen sie in Versammlungen auftreten, stellten sie zu Delegationen zusammen, die den Ministerien die Forderung auf Freilassung ihrer Söhne und Töchter vorlegten."

## DIE ARBEIT DER RHD NACH 1933

Die Arbeit nach 1933 erfolgte unter erschwerten Bedingungen. Am 14. Februar 1933 wurden die Büroräume der RHD in Berlin von der Polizei besetzt. Mit dem Verbot der RHD war die größte Ländersektion außerhalb der UdSSR in die Illegalität gedrängt. Jede weitere politische Betätigung wurde unter Zuchthausstrafe gestellt. Trotzdem arbeitete die RHD unter den Bedingungen des Faschismus illegal weiter. Die erhaltenen Broschüren, Flugblätter, Klebezettel und Zeitschriften der RHD geben ein anschauliches Bild der mutigen

(Forts. S. 7)



# Ortsgruppen in Bremen und Siegen gegründet

Im September wurden die Ortsgruppen Bremen und Siegen im September wurden in Bremen und Siegen Ortsgruppen der ROTEN HILFE gegründet. Während wir uns in Siegen vor allem darüber freuen, daß ältere kampferfahrene Genossen in unsere Reihen getreten sind, ist in Bremen der Grundstein dafür gelegt, in einem Zentrum der Arbeiterklasse im Norden die Klassensolidarität zu schmieden. Bremer Genossen berichten von ihrer Gründungsversammlung: Am 31. August haben wir die Ortsgruppe Bremen gegründet. Für rund 35 Mitgliedern wurden mehrere Beiträge vom Zentralvorstand und Landesvorstand Nord gehalten über die historische ROTHE HILFE in der Weimarer Zeit und über die Entwicklung unserer Organisation seit dem Beginn des nationalen Aufbaus 1973. Danach berichteten Bremer Genossen:

In Bremen arbeitet seit Frühjahr ein Kern von mehreren Roten Helfern, die sich auf der Grundlage von Programm und Statut zusammenschließen haben. Mit der Gründung der Ortsgruppe machen wir einen großen Schritt nach vorn, da wir nun in enger Zusammenarbeit mit der gesamten Organisation unsere Arbeit gezielt und planmäßig aufnehmen können. Unser Schwerpunkt in der nächsten Zeit ist der Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse - z. B. beim Bremer Vulkan sind 4 Kollegen vom Ausschluß bedroht - und politische Entlassungen.

Weitere Ansatzpunkte unserer Arbeit sind der Mieterkampf in Huchting und der Kampf gegen die volksfeindliche Sanierungspolitik

Als ROTE HILFE führen wir auch den antiimperialistischen Kampf. In der letzten Zeit stand die Chile-Solidarität mit massiven Agitprop-Einsätzen in Bremen-Nord an erster Stelle. Schon beim ersten Auftreten konnten wir zu zweit 6 Zeitungen und eine Dokumentation zum Polizeiterror verkaufen. Ganz besonders die guten Gespräche mit der Bevölkerung haben uns einen Ansporn für unsere weitere Arbeit gegeben.

Machen wir die ROTE HILFE zu einer starken Massenorganisation der proletarischen Solidarität!

NÜRNBERG:

# 400.- DM FÜR DIE ROTE HILFE

Im Sommer fand in Nürnberg ein Flohmarkt statt. Wir beschlossen, wieder daran teilzunehmen. Im Gegensatz zum letztenmal bekamen wir einen sehr guten Platz für unseren Stand, da ein Genosse bereits in der Nacht zum Samstag den Platz reservierte. Wir verkauften alte Kleider, Bücher und ähnliches, was wir vorher gesammelt hatten. Außerdem stellten wir Sammelbüchsen auf und boten Broschüren über den Fall Jendrian an, die oft gekauft wurden. Später verkauften wir dann auch die RHZ vor dem Stand.

Die Aktion brachte uns 400.- DM ein - das ist fast doppelt soviel wie beim letzten Mal. Außerdem konnten wir wieder viele Menschen auf unsere Arbeit aufmerksam machen.

# Broschüren

Rechenschaftsbericht des 1. Zentralvorstands der ROTEN HILFE  
44 S. 1.- DM  
Programm und Statut der ROTEN HILFE  
32 S. A-7 1.- DM  
Zur geplanten Gründung der RHD durch die KPD/ML: Spaltung und Kapitalantentum statt Klassensolidarität  
28 S. A-5 2.- DM  
Schluß mit der Isolationsfolter!  
28 S. 1.- DM  
Zu beziehen über:  
ROTE HILFE-Vertrieb,  
46 Dortmund, Burgholzstr. 13

Freiheit für Dieter Kunzelmann!  
2 Broschüren des LV Westberlin, 1 B. 65, Togostr. 78

# der RH

## Lest und abonniert die

Im Gegensatz zur üblichen "Fachpresse" berichtet die 'hez' über die Berufswirklichkeit. Probleme im Heim, i. d. Kindertagesstätte und im Jugendfreizeitbereich werden nicht isoliert betrachtet, die Probleme der Kollegen, Kinder und Jugendlichen nicht als zufällige. Die 'hez' nimmt dabei kein Blatt vor den Mund und kriecht niemanden irgendwo rein. Sie macht keine Gewinne und zieht keine Honorare. Den Inhalt gestalten die Leser in dem Maße, wie sie sich durch ihre Korrespondenzen daran beteiligen. Die 'hez' erscheint monatlich und kostet pro Halbjahresabo (Mindestdauer!) 12.- DM einschl. Porto. Probeexemplare gegen Vorauseinsendung von 2.- DM in Briefmarken. Auszubildende zahlen gegen Zusendung einer Bescheinigung der Ausbildungsstätte pro Halbjahr nur 9.- DM. Bestellung durch Postkarte an die Heim- und Erzieher-Zeitschrift, 1 Bin. 51, Urbanstr. 126 (Laden) Alle Zahlungen nur Postscheckkonto Bin. W 35 86 36 - 109 Detlev Iartsch. Im Selbstverlag, Reihe Arbeitsmaterialien zur Heimerziehung, in 2. Auflage erschienen: "Eingeschlossen - Dokumentation Hauptpflegeheim Ollenhauerstr. 1. Kollegen berichten aus diesem geschlossenen Mädchenheim, was Sache ist. Preis 5.- Die 'Arbeitsmaterialien' u. d. 'hez' gehören an jede Ausbildungsstätte, wo Schüler u. Studenten ein Interesse an der Berufswirklichkeit haben!!!!!!

Häftlinge die Spitze abgebrochen werden. Gleichzeitig wird schärfstens darauf geachtet, daß die planmäßige Vernichtungshaft an politischen Gefangenen nicht Gegenstand der "öffentlichen Diskussion" wird.

Die Folter an den politischen Gefangenen zeigt deutlicher als alles andere, daß die Zustände in den Gefängnissen der BRD Ergebnisse einer planmäßigen Politik sind. Dies als erstes halten wir den Reformheuchlern entgegen. Die Isolation der politischen Gefangenen durchbrechen, bedeutet, daß sie sich an die Spitze des massenhaften Widerstands in den Gefängnissen stellen können, daß dieser Widerstand eine Perspektive erhält. Wir kämpfen dafür, die Bourgeoisie fürchtet es wie den Teufel! Alle Gefangenen werden sich zu eigen machen: Die Haftanstalten sind und bleiben die Kloaken der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Jahrzehntelanges Reformgeschwätz hat daran nicht geändert! Aber die sozialistische Revolution wird siegen: Die Unterdrücker selbst werden eingesperrt, die Volksjustiz wird geschaffen. Nicht eine Handvoll schwarzer Roben wird urteilen, sondern Arbeiter, Angestellte, Bauern; das Volk wird urteilen!

# Letzte Nachrichten

Westberlin: Kirchenbesetzung im Arbeiterviertel Kreuzberg zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen. Trotz Umstellung der Kirche durch Polizei wurde Veranstaltung mit 1000 Menschen durchgeführt werden. Justizsenator Korber mußte Rede und Antwort stehen. RA Stroebel sprach. Führende Kirchenvertreter forderten sofortige Einstellung aller lebensbedrohenden Maßnahmen im Strafvollzug. Am 4. 10. nach 2 Tagen organisierte Räumung.

6. 10.: 5 politische Gefangene, darunter Gudrun Ensslin und Holger Meins, werden zwangsernährt, um den Hungerstreik zu brechen. Keine Zwangsernährung! Kein Wasserentzug!

Hamburg: Juristentag lehnt Erweiterung der Rechte des Staatsanwalts (zwangsweise Vorladung der Zeugen, Vereidigung u. a.) aus Sorge vor einer Entwicklung zum Polizeistaat ab. Der im gleichen Gebäude tagende Rechtsausschuß des Bundestages billigte diesen Gesetzentwurf der Bundesregierung.

## NEUE ADRESSE DES ZENTRALVORSTANDS: 46 DORTMUND, BURGHOLZSTR. 13

### Forts.: 50 Jahre RHD

Propagandaarbeit, die die Roten Helfer leisteten. Sie bewiesen zugleich, daß die Rote Hilfe im Kampf für alle verfolgten Antifaschisten die breite Einheitsfront von Kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern zu schmieden imstande war. Beispielhaft war dafür das Abkommen zwischen der Berliner SPD und der RH Berlin-Brandenburg: "Zwischen der Leitung der SPD Berlin und dem Bezirksvorstand der RH Berlin-Brandenburg wurde folgendes Abkommen geschlossen: Die beiden unterzeichneten Vertragspartner verpflichten sich, unbeschadet ihrer sonstigen Anschauungen auf der Basis vertraulicher Ehrlichkeit und Kameradschaftlichkeit

- a) zur gemeinsamen Hilfe für die Opfer des faschistischen Terrors;
- b) zum gemeinsamen Aufbringen der Unterstützungsmittel;
- c) zum aktiven Abwehrkampf gegen den faschistischen Terror sowie Spitzel und Verräter."

### Forts.: Gefängnissskandal

"schwere Mißstände'aufgedeckt wurden.

Mannheim ist kein Einzelfall - jeder weiß es, die organisierte Aufregung in Bourgeoisikreisen bestätigt es. Doch was folgt daraus?

Die politischen Gefangenen müssen den Widerstand anführen!

Die SPD-Regierung versucht, sich mit Phrasen in die Offensive zu begeben: "Vollzugsreform muß jetzt Vorrang haben" (Bundesjustizminister Vogel). Aufgeschreckt durch Meutereien in Gefängnissen der USA, Italiens, der Niederlande, schärfstens gewarnt durch Gefangenenrevolten in den französischen Gefängnissen Clairvaux, Nîmes, Colmar, Rennes, Paris, Mühlhausen, Ensisheim und Marseille, die den Charakter eines nationalen Gefangenenaufstands angenommen hatten, aufgeschreckt durch einzelne Gefangenenmeutereien in der BRD wie z. B. in Bonn, sollte der Boden für die "Reform" des Strafvollzugs bereitet und dem beginnenden Massenwiderstand der

# AUFRUF

## an alle Roten Helfer, an die fortschrittlichen und antiimperialistischen Organisationen und Menschen:

Dieter Kunzelmann wird seit seiner Festnahme am 19. Juli 1970 in Westberlin ununterbrochen in den Gefängnissen in Tegel und Moabit in Haft gehalten. Obwohl er am 19. August 1970 durch das westberliner Schwurgericht am 19. August 1970 insgesamt 31 Monate Haft in Untersuchungshaft gesenkt, hält ihn die Klassenjustiz in einer Reststrafe von je noch 6 Monaten aus einem anderen Verfahren weiter gefangen.

In unserer Agitation im Senat haben wir kaum jemand gefunden, der nicht sieht, wie am Fall Dieter Kunzelmann die Untersuchungs- haft zur Ersatzstrafe ausgebaut werden soll. Hunderte von Arbeitern, Werktätigen, Hausfrauen, Schüler und Studenten haben unsere vorgedruckten Postkarten erworben und an den Justizsenator abgeschickt. Viele bekannte Personen wie der Juraprofessor Dr. Ridder, der Filmregisseur Alexander Kluge, die Schriftsteller Zwerenz und Drewitz, der Professor an der Päd. Hochschule Libel und viele andere haben an den Justizsenator geschrieben und ihn aufgefordert, das durch nichts berechtigte Vorgehen der Justiz gegenüber Dieter Kunzelmann zu beenden und ihn sofort freizulassen.

Diese Solidaritätsfront hat im Hause des Justizsenators einige Unruhe ausgelöst und den Justizsenator Korber gezwungen, darauf zu reagieren. Aber anstatt die menschenfeindlichen und rechtswidrigen Maßnahmen endlich zu beenden, rief Korber den Gnadenausschuß seines Hauses zusammen und der sah die Voraussetzungen für einen Gnadenentscheid nicht gegeben. Das stimmt! Bei der Freilassung von Dieter Kunzelmann geht es nicht um Gnade, sondern Dieter Kunzelmann kämpft mit uns zusammen für sein Recht!

Auch der westberliner Senat befaßte sich daraufhin mit dem Fall

und bestätigte die Entscheidung des Gnadenausschusses.

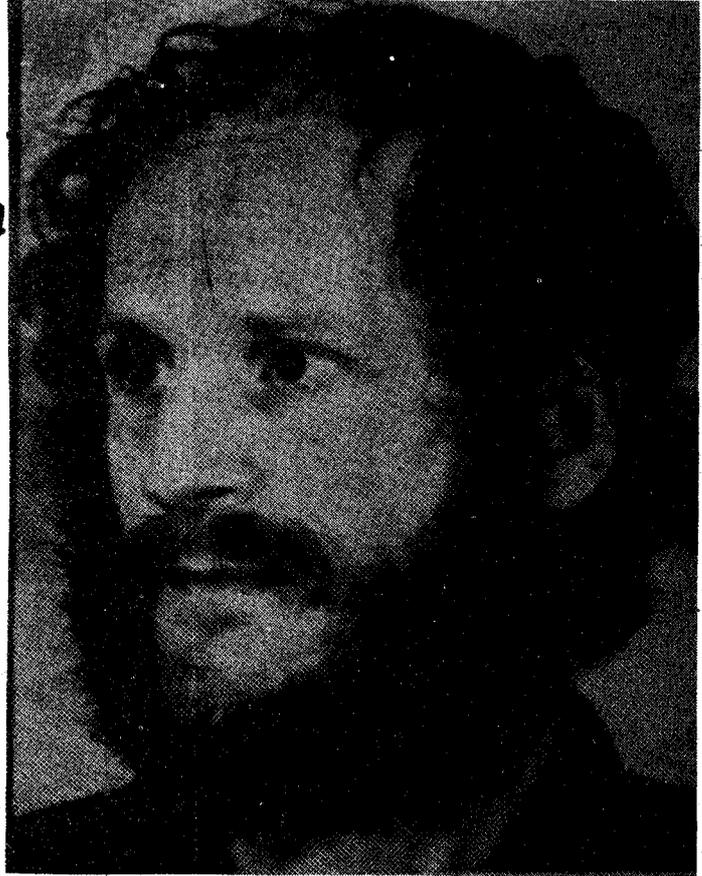
Aber diese Entscheidung war kein Erfolg für die Bourgeoisie. Die Solidaritätsfront brach nicht zusammen - im Gegenteil, sie verbreiterte sich. Weitere Protestschreiben gingen an den Justizsenator. Der Berliner Tageszeitung "Der Tagesspiegel" nahm kritisch Stellung. Selbst Richter unterstützen die Forderung, bis in die Reihen der Justiz kam Widerspruch auf.

Was ist es zu diesem Erfolg gekommen?

Schon eine lange Zeit hatten wir beschlossen, daß die Freikämpfung von Dieter Kunzelmann eine der wichtigsten Aufgaben der ROTEN HILFE in Westberlin ist. Aber der Kampf ging nicht so schnell voran. Über einige Artikel der RHZ, die die Schweinereien der Klassenjustiz darstellten, kamen wir nicht hinaus.

Wir diskutierten die Gründe und stellten fest: Uns war unklar, warum setzen wir uns für Dieter Kunzelmann ein, darf man einen Gefangenen so herausgreifen? Mit diesen Zweifeln konnten wir natürlich keinen Menschen gewinnen. Wir rechristigten unsere Unentschlossenheit damit "Das interessiert die Bevölkerung nicht".

Uns wurde jetzt klar: Die Klassenjustiz geht gegen den Genossen Kunzelmann so infam vor, - weil er sich wie 10000 anderer schon in den 60er Jahren an Massendemonstrationen gegen die Verbrechen des USA-Imperialismus beteiligte und dafür exemplarisch herausgegriffen wurde, - weil er seine antiimperialistische Gesinnung nicht brechen ließ, sondern den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Gericht und im Gefängnis weitergeführt hat, - weil er in Freiheit seinen Unterdrückung noch gefährlicher sein wird.



DIETER KUNZELMANN

Außerdem sahen wir, daß bei Dieter Kunzelmann die Möglichkeit bestand, den Genossen sofort freizukämpfen und daß dieser Erfolg für den Kampf aller politischen Gefangenen und aller anderen Antiimperialisten große Bedeutung haben wird. Er wird zeigen: Solidarität hilft zu siegen!

Dies stärkte unsere Kampfbereitschaft und wir sind heute der festen Überzeugung, daß es uns gelingt, Dieter Kunzelmann freizukämpfen! Die Klassenjustiz befindet sich hier in der Defensive und wenn wir unsere Anstrengungen vielfältig verstärken, werden wir auf Korber vergrößern, werden wir Erfolg haben.

Wir werden in Westberlin unsere Unterschriften sammeln, werden im Stadtteil und vor den Großbetrieben durch ein Agitprop-Stück von fortschrittlichen Künstlern die Solidaritätsfront verbreitern. Ein Richter wird innerhalb der Justiz Unterschriften sammeln und dort die Widersprüche vorantreiben. Am 5. Oktober werden wir mit einem Solidaritätsfest für die politischen Gefangenen eine Aktionswoche für die Freilassung einleiten, in der wir erreichen wollen, daß sich der Senator neu entscheidet.

Unser Kampf wird nicht aufhören bis Dieter Kunzelmann frei ist!

Um die Solidaritätsfront stark genug zu machen, rufen wir euch, die Ortsgruppen der ROTEN HILFE, rufen wir alle fortschrittlichen Organisationen und Menschen auf, in dieser Woche ebenfalls Solidaritätsaktivitäten durchzuführen. Gewinnt Menschen, die an Korber (1 Berlin 62, Salzburgerstr. 21) schreiben! Verabschiedet überall da, wo sich fortschrittliche Menschen treffen, Protestresolutionen! Sammelt Unterschriften! Alle Angeklagten, die in diesen Wochen vor den Schranken der Klassenjustiz stehen, fordern wir auf: Verurteilt auch in Euren Prozessen das Vorgehen von Senat und Klassenjustiz gegen Dieter Kunzelmann!

Darüber auch immer über den aktuellen Stand unseres Kampfes unterrichtet seid, ruft dienstags um 17 Uhr zwischen 17 und 19 Uhr in unserem Büro an (Tel. 030/452 30 20). Sofortige Freilassung von Dieter Kunzelmann! Solidarität hilft zu siegen - schafft ROTE HILFE!